



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach*

SPD Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach, Graf-Luckner-Str. 17, 57299

Herrn Bürgermeister  
Christoph Ewers  
Eicher Weg 13

57299 Burbach

Nicole Schoeppner  
Fraktionsvorsitzende  
Fraktion im Rat der Gemeinde  
Burbach

Fon: 0171-6421636  
n.schoeppner@spd-burbach.de

**17.06.2021**

## **Antrag gemäß § 3 GO zur Ratssitzung am 29.06.2021**

### **Aussetzung von Straßenausbaumaßnahmen nach dem Kommunalabgabengesetz NRW**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ewers,

die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat zum 1. Januar 2020 eine Modernisierung des Kommunalabgabengesetzes umgesetzt. Diese Modernisierung steht allerdings weiterhin im landespolitischen Diskurs nicht nur unter den verschiedenen Parteien sondern und ganz besonders unter den Menschen vor Ort. Die beschlossene Änderung des Kommunalabgabengesetzes bedeutet keineswegs eine erhebliche finanzielle Entlastung für den einzelnen Betroffenen und die Kommunen müssen nun zusätzlich einen weiteren Verwaltungsaufwand stemmen.

Es ist daher davon auszugehen, dass sich je nach Landtagswahlergebnis im Frühjahr 2022 die KAG-Regelungen nochmals ändern könnten.

In Baden-Württemberg gibt es keine Straßenausbaubeiträge mehr, wie in NRW. In Bayern wurden diese Gebühren ebenfalls abgeschafft und in Hessen steht es den Kommunen frei, diese Gebühren überhaupt zu erheben. Bei den meisten Bundesländern, welche ursprünglich ein ähnliches Modell wie NRW verfolgt haben erfolgt nun ein Umdenken bei der Heranziehung von Straßenausbaubeiträgen. In sechs weiteren Bundesländern steht es den Kommunen frei, die Straßenausbaukosten und die Unterhaltung auf die gesamte Gemeinde umzulegen.

Nach wie vor gibt es in vielen NRW-Kommunen sehr aktive Bürgerinitiativen oder Petitionen gegen die Heranziehung von Straßenausbaubeiträgen, welche auch nach der aktuellen Gesetzesänderungen nicht verstummt sind. Grundstückseigentümer fühlen sich nach wie vor durch die Beteiligung an den Ausbaurkosten benachteiligt, weil ein wirtschaftlicher Vorteil durch die Straßenausbaumaßnahme für sie nicht messbar sei. Erschwerend hinzu, kommen noch für viele Familien die finanziellen Einbußen aufgrund von Corona-bedingter Kurzarbeit, welche eine besondere Härte darstellen.

**Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Burbach beantragt daher:**

- 1) Der Rat der Gemeinde Burbach beschließt, dass die Gemeinde Burbach bis zur Landtagswahl 2022, bzw. bis zu einer Entscheidung der dann neu gewählten Landesregierung, die Straßenausbaumaßnahmen nach dem KAG aussetzt.

Sollten sich jedoch Straßenausbaumaßnahmen als unaufschiebbar im Sinne der allgemeinen Verkehrssicherheit herausstellen, werden diese Maßnahmen den politischen Gremien detailliert vorgestellt und nach aktuell geltendem Recht geplant.

Mit freundlichen Grüßen

*Nicole Schoeppner*

Nicole Schoeppner  
Fraktionsvorsitzende



Thomas Heuschkel  
Fraktionsgeschäftsführer